

"Die christliche "Überationale"" in Rheinische Post (17. Januar 1948)

Legende: Am 17. Januar 1948, im Vorfeld einer Tagung der christlich-demokratischen Parteien in Luxemburg, beschreibt die deutsche Tageszeitung Rheinische Post die verschiedenen christlich-demokratischen Parteien Europas und zeigt ihre politische Geschichte.

Quelle: Rheinische Post. Zeitung für Politik und christliche Kultur. 17.01.1948. Düsseldorf: Rheinische Post.

Urheberrecht: (c) Rheinische Post

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_christliche_"ubernationale""_in_rheinische_post_17_januar_1948-de-0f500fd-9128-4ad9-afd3-0771018d97d7.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Die christliche „Übernationale“

Die christlich-demokratischen Parteien Westeuropas – Vor der Tagung in Luxemburg

Vom 30. Januar bis zum 1. Februar treffen sich in Luxemburg westeuropäische Politiker, denen eins gemeinsam ist: Die christliche und die demokratische Zielsetzung ihrer Politik. Zum ersten Male seit der Hitlerherrschaft werden auch deutsche Vertreter an diesen Besprechungen teilnehmen; nämlich: Dr. Adenauer, Jakob Kaiser, Dr. Josef Müller und Dr. Löns. Das Treffen wurde einberufen von der NEI (Nouvelles Equipes Internationales), einer französischen Vereinigung, welche die Koordinierung der christlich-demokratischen Parteien Europas zum Ziele hat. Diese Bestrebungen werden nicht zuletzt von deutscher Seite begrüßt, hat doch schon Dr. Joseph Müller im Frühjahr 1946 erklärt, daß eine „Christliche Union Europas“ das Fernziel der deutschen CDU/CSU sei. Auch der Justizminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Süsterhenn, hat sich zu diesem Ziel bekannt, als er an die Adresse der französischen MRP, der Partei des Außenministers Bidault, den Wunsch richtete, die Frage der internationalen Zusammenarbeit der christlichen Parteien zu diskutieren. Die MRP ist ihrerseits diesem Wunsch entgegengekommen denn vor Jahresfrist nahm sie auf ihrem Jahreskongreß in Paris eine Entschließung zugunsten eines „Europäischen Staatenbundes“ an. Daß diese Bestrebungen auch in Großbritannien auf Sympathien stoßen ist nicht verwunderlich. So hat die englische Presse sich schon früher eingehend mit der Frage beschäftigt, wie weit eine christliche „Übernationale“ Westeuropas als tragendes politisches Element eines Westblocks in Betracht kommen könnte. Es wäre aber verfrüht, an diese Gespräche große Hoffnungen zu knüpfen die in kurzer Zeit in Erfüllung gehen könnten. Die Entwicklung in Frankreich hat deutlich gezeigt, daß die christlich-demokratischen Bewegungen sich erst noch konsolidieren müssen. Es ist wahrscheinlich, daß auch in den anderen Ländern Westeuropas die entsprechenden Parteien eine ähnliche Krise werden durchmachen müssen. Immerhin läßt ein Überblick über ihre bisherige Entwicklung gewisse Rückschlüsse zu.

Österreich

Die „Österreichische Volkspartei“, hervorgegangen aus der „Christlich-Sozialen Volkspartei“ errang bei den letzten Wahlen einen großen Sieg und stellt seitdem in der Regierung u. a. den Bundeskanzler, Dr. Figl, und den Außenminister Dr. Gruber. Natürlich ist sie als Regierungspartei in einem besetzten Lande schwersten Belastungen ausgesetzt. Es kommt hinzu, daß im Chaos der ersten Nachkriegszeit sich ihr viele Elemente aus dem bürgerlichen, konservativen und nationalen Lager angeschlossen haben, die eigentlich nicht zu ihr gehören. Ihr weiteres Schicksal wird zu einem großen Teil von der politischen Entwicklung Österreichs abhängen, die ja von außen bestimmt wird: von Rußland und von den Westmächten.

Schweiz und Italien

Aus der Schweiz sind in Luxemburg die Vertreter der „Konservativen Partei“ zu erwarten, die als eine der drei großen Parteien des Landes in der ersten Reihe der eidgenössischen Politik steht und für dieses Jahr den Bundespräsidenten, Dr. Celio stellt. Wenn auch der vor einiger Zeit von Dr. Celio gemachte Vorschlag, seine Partei in „Christlich-Demokratische Partei“ umzubenennen, nicht durchkam, so ist doch bezeichnend für die Konservativen, daß ihre alten Programmpunkte von 1894: abendländische Kultur, sozialer Fortschritt und Sicherung der menschlichen Freiheit, heute noch in den Alpentälern lebendig sind und in letzter Zeit sogar im Zusammenhang mit gesamteuropäischen Aspekten neue Wirkungskraft erhielten.

Die „Democrazia Cristiana“ Italiens steht in diesen Wochen und Monaten in einer schweren Auseinandersetzung mit dem sehr starken und aktiven Kommunismus der Apeninnenhalbinsel. Weil die Christlichen Demokraten, die auch den Ministerpräsidenten de Gasperi stellen, aber auch den Charakter eines Sammelbeckens nicht homogener Kräfte angenommen haben, wird in diesem Kampf, der eine Bewährungsprobe ist, für sie nur ein Vorteil liegen. Denn bekanntlich fallen von einem Baum, der geschüttelt wird, nur die faulen Früchte ab. Die Partei ging hervor aus der „Katholischen Volkspartei“, die 1909 von Luigi Sturzo gegründet, bereits 1919 die drittstärkste Partei des Landes war. Schon damals fanden sich in ihr bürgerliche Kräfte zusammen, die gewillt waren einer klerikalen Führung zu unterstellen. Nach dem Sturz Mussolinis wurde die Volkspartei als Christlich-Demokratische Partei neu gegründet und

ging aus den Wahlen stets erfolgreich hervor. Bezeichnend für ihr neues Gesicht ist die Ablehnung der Monarchie. Aber wesentlicher als diese innenpolitische Stellungnahme ist für sie ihre internationale Bedeutung, denn genau wie Deutschland und Österreich, steht Italien heute in der ersten Linie der Auseinandersetzung zwischen Westen und Osten. Die Democrazia Cristiana hat in dieser Auseinandersetzung längst Stellung genommen und ihr Generalsekretär formulierte ihre Haltung einmal so: „Die italienische Zivilisation ist eine westliche und christliche Zivilisation“.

Frankreich

Wer wird von den Prominenten der Mouvement Republicanaire Populaire nach Luxemburg kommen? Maurice Schumann, Maritain oder gar Bidault? Wer es auch sein mag, ihre Vertreter werden anders auftreten, als sie es vor Jahresfrist noch hätten tun können, denn inzwischen hat die MRP durch den Einbruch des Generals de Gaulle schwere Einbußen erlitten. Trotzdem ist der Kern dieser Partei gesund, stützt er sich doch auf die sehr aktive katholische Jugendbewegung Frankreichs und auf beste Kräfte der Resistance. Durch diese Faktoren ist wohl auch der große Gewinn der Partei bei den Wahlen 1945 und 1946 zu erklären. In der Nationalversammlung ist sie einstweilen immer noch mit 166 Mitgliedern vertreten. Allerdings wird sich die MRP noch vieler Zuläufer zu entledigen haben, war sie doch bisher das Sammelbecken vieler labiler, durch den Krieg zunächst politisch obdachlos gewordener, vorwiegend reaktionärer Kräfte. Auch wenn dieser Prozeß überstanden ist, kann nicht daran gezweifelt werden, daß die MRP eine Macht ersten Ranges in der französischen Politik bleiben wird.

Belgien, Luxemburg, Holland

Auch die christlichen Demokraten Belgiens stellen in der „Christlich-Sozialen Partei“ die größte politische Gruppe ihres Landes dar. Sie ist stark rechts gerichtet und innenpolitisch vor allem durch ihr Eintreten für den im Schweizer Exil lebenden König von den übrigen Parteien getrennt. Die Königsfrage war es auch die sie im August 1945 veranlaßte ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Eine Wurzel ihrer Stärke zieht sie daraus, daß sie eine Partei junger Kräfte ist: mehr als zwei Drittel ihrer Abgeordneten kommen aus Jugendorganisationen. Diesem Umstand mag die Partei, die sich früher „Katholische Volkspartei“ nannte, es auch zu verdanken haben, daß sie heute ihren überkonfessionellen Charakter betont und ein soziales Programm des Neuaufbaus der menschlichen Gesellschaft und der westlichen Zivilisation proklamierte.

Die Stärke der katholischen Partei Luxemburgs ist der Ausdruck der traditionellen religiösen Orientierung der Bevölkerung dieses kleinen Landes. Von 51 Parlamentssitzen errang die Partei bei den ersten Nachkriegswahlen 23 und spielte somit in der Regierungskoalition die führende Rolle. Noch stärker ist das christliche Element im Parteileben der benachbarten Niederlande, wo die unter Einfluß der Sozialdemokraten, der Christlich-Demokratischen Union und anderer Parteien neu begründete „Arbeiterpartei“ einen ethisch und religiös begründeten Sozialismus verfolgte. An zweiter Stelle steht die „Katholische Volkspartei“ gefolgt von der „Antirevolutionären Partei“, der politischen Repräsentation der orthodoxen Calvinisten und der „Christlich-Historischen Union“, einer protestantischen Rechtspartei, die sich 1805 von den Calvinisten trennte.

Nordeuropa

Aus Dänemark, das ebenfalls in der NEI vertreten ist, wird in Luxemburg wohl nur eine Abordnung des „Georgistisk Retsforbund“ vertreten sein. Dieser rechtsstehende Verband, der häufig auch als Christliche Volkspartei zitiert wird, ist vorerst noch eine Splitterpartei mit kirchlichen Programmpunkten. Das ist bei der geistig-religiösen Grundhaltung des Landes nicht verwunderlich, aber der Verband ist trotzdem zu beachten, hat er doch bei den letzten Wahlen seine Fraktionsstärke von sechs Abgeordneten gegen 1945 verdoppelt, gegen 1943 sogar verdreifacht. Wenn der europäische Norden somit auf der Luxemburger Tagung nur am Rande auftreten wird, besagt das so wenig wie die Tatsache, daß Großbritannien in der NEI bisher noch nicht vertreten ist. Christliche Demokratie ist in diesen Ländern so selbstverständlich, daß sie praktisch außerhalb der Diskussion steht. Hat doch kein geringerer als Sir Stafford Cripps mit dem Titel seines Buches „Towards Christian Democracy“ das Diskussionsthema der Luxemburger Tagung schon längst vorweggenommen.